

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Führer. 1933-1936 1934**

154 (7.6.1934) Badischer Staatsanzeiger

# Im Schlepptau jüdischer Hecker

### Meldungen über Boykott deutscher Waren voll bestätigt

Berlin, 6. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der deutschen Presse tauchte in den letzten Tagen eine aus New York kommende Meldung auf, nach der die bekannte amerikanische Firma Woolworth Co., die größte Einheitspreisorganisation der Welt, die auch in Deutschland in allen größeren Städten zahlreiche Filialen unterhält, in Amerika den Boykott deutscher Waren unterstützen. Diese Meldung hatte zur Folge, daß sich in dem deutschen Käuferpublikum eine nur zu verständliche Unruhe und Empörung über die Methoden dieser Firma bemächtigte, die bekanntlich trotz der grundsätzlichen Einstellung der nationalsozialistischen Bewegung zu dem System der Einheitspreisgeschäfte sich in Deutschland bisher der größten Rücksichtnahme erfreute. Die Firmenleitung der Woolworth Co. in Deutschland wurde hierauf bei verschiedenen Zeitungen, die die besagte Meldung veröffentlicht hatten, vorfellig und suchte unter dem Hinweis, daß es sich hier um eine Fälschung handele, ein Dementi zu erlangen.

Nach neuen Meldungen, die wir aus New York erhalten, muß jedoch der Vorwurf gegen die Woolworth Co. voll aufrecht erhalten werden. Wie allgemein bekannt, erlief Amerika zur Zeit eine zweite Welle des Boykotts gegen deutsche Waren, die von jüdischen Kreisen geführt wird. Es hat sich eine sogenannte Antinazifliga gebildet, die unter der Führung des Juden Samuel Untermyer steht. Samuel Untermyer wendet sich an alle amerikanischen Firmen mit der Aufforderung, deutsche Waren zu boykottieren. Auch die Firma Woolworth erhielt eine solche Aufforderung und antwortete hierauf mit einem Telegramm, dessen Wortlaut in der Zeitschrift jener Antinazifliga „The Economic Bulletin“ veröffentlicht wurde. Der Wortlaut des Telegramms lautet in deutscher Uebersetzung:

„In Beantwortung Ihres Telegramms bezüglich des Imports von Waren aus Deutschland bitten wir zur Kenntnis zu nehmen, daß wir den Import wegen außerordentlicher Verkaufsschwierigkeiten unterbrochen haben. Byron D. Miller, Präsident S. W. Woolworth Co.“

Wenn auch in diesem Telegramm der eigentliche Grund für die Nichtzufuhr deutscher Waren nicht angegeben ist, so genügt doch die Tatsache, daß diese offizielle Stellungnahme der Firma von der Boykottaktion zur Propaganda zwecken gegen Deutschland benutzt werden kann, die hieraus entstandene Situation zur Genüge zu kennzeichnen. Die Haltung der Firma und ihre Mitverantwortung für die Boykotttheorie geht eindeutig aus der Tatsache hervor, daß die Anzeigen des Konzerns in den Zeitungen mit der Schlagzeile erscheinen: „Wir führen kein Stück deutscher Ware.“

Es wäre zu wünschen, daß die Firma in kürzester Zeit von derartigen Methoden, die offensichtlich einen großen Mißbrauch des deutschen Gastrechtes darstellen, abtrifft. Man darf sich sonst nicht wundern, wenn das deutsche Käuferpublikum aus diesem Verhalten keine Konsequenzen zieht. Man kann nicht erwarten, daß einer Firma weiterhin jene Rücksichtnahme zuteil wird, die mit ihrem Verhalten das deutsche Interesse auf das Schwerste schädigt und mit dazu beiträgt, deutsche Volksgenossen arbeits- und brotlos zu machen. Man wird sich noch mehr als bisher zu überlegen haben, ob man weiterhin sein Geld in die Läden der Woolworth Co. trägt und es könnte der Fall eintreten, daß sich für die Firma in Deutschland nunmehr wirklich „außerordentliche Verkaufsschwierigkeiten“ ergeben.

## Reichsminister Dr. Goebbels in Oberschlesien

Gleiwitz, 6. Juni. Am Mittwoch gegen 16 Uhr traf Reichsminister Dr. Goebbels in Begleitung des Prinzen Schaumburg-Lippe und der Ministerialräte Hegger und Hanke im Flugzeug in Gleiwitz ein. Zum Empfang hatten sich u. a. Untergauleiter und Landeshauptmann Adamczak, Regierungspräsident Schmidt (Oppeln) und zahlreiche Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden Oberschlesiens und der nationalsozialistischen Organisationen eingefunden. Nach der Begrü-

ßung schritt Dr. Goebbels die Front der Ehrenstreife der SA. und SS. und der Ehrenabteilungen der Schutzpolizei, der Feldjäger, des F.M. und der NSKK ab, worauf er sich durch die festlich geschmückten Straßen nach dem Haus Oberschlesien begab, jubelnd begrüßt von einer großen Menschenmenge. Nach kurzem Aufenthalt im Haus Oberschlesien, wo Dr.

Goebbels von Obergruppenführer Heines im Namen der schlesischen SA. willkommen geheßen wurde, fand ein Vorbeimarsch der Gleiwitzer und Oppelner SA. statt. Reichsminister Dr. Goebbels unternahm dann mit seinem Gefolge eine Kraftwagenfahrt in das Industriegebiet, um sich über die Arbeits- und Wohnverhältnisse zu unterrichten.

## „Morgenappell in den Betrieben“

### Dr. Ley in einem Schulungskursus der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 6. Juni. Der Führer der DAF, Dr. Ley, hielt am Mittwoch in einem Schulungskursus des Reichspropaganda- und Propagandaamtes der DAF bei Königswusterhausen einen Vortrag. Nach dem Bericht „Des Deutschen“ hat Dr. Ley u. a. ausgeführt:

„Nicht das Reiseergebnis ist entscheidend für uns, nicht die Dressur des vergangenen liberalistischen Zeitalters, sondern der gesunde Menschenverstand unserer Brüder und Schwestern wird den Ausschlag für ihre und unsere Entwicklung geben. Wir haben mit den alten Vorurteilen aufgeräumt.“

Eine Bewertung nach Geld und Besitz kommt für uns nicht in Frage. Wir bewerten die Menschen lediglich nach ihren Fähigkeiten.

Auf Fragen der Betriebsgemeinschaft eingehend, führte Dr. Ley u. a. aus: Die Arbeit in den Betrieben wird künftig mit

einem Appell beginnen und mit einem Appell schließen. Bei diesem Morgenappell wird ein Lösungswort gegeben werden. Ich selbst bin sieben Jahre Angestellter eines Betriebes gewesen. Nichts hat mich mehr erschüttert als die Trostlosigkeit der Massen, denen jede erhebende Viertelstunde fehlte. Das soll anders werden.

Im täglichen Betriebsappell wird Gelegenheit gegeben werden, den kleinen Dreck des Alltags beiseite zu schaffen.

Hat jemand noch eine Forderung an die Gerechtigkeit jede Differenz beseitigt werden. Es gibt kein objektives Recht, sondern ein subjektives Recht. Recht ist, was dem Volke dient.“

Die Ausführungen Dr. Lays wurden mit überaus stürmischem und anhaltendem Beifall aufgenommen.

# Badischer Staatsanzeiger

Seite 90

7. Juni 1934

## Amtlicher Teil

### Trauerfeier für die Bugginger Opfer

Nachdem die Bergungsarbeiten in Buggingen bis zum Ende dieser Woche abgeschlossen sein werden, hat der Herr Reichsstatthalter eine allgemeine Trauerfeier über die Opfer des Bugginger Unglücks auf Montag, 11. Juni, angeordnet. Die Feier wird an der Arbeitsstätte der toten Bergleute, im Werkhof der Bugginger Kaligrube, vormittags 11 Uhr abgehalten. Für Baden wird der Herr Ministerpräsident allgemein Landesstrasser anordnen.

### Deutscher Volksgemeinschaftskirchenbund in Baden verboten

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit:

Der Minister des Innern hat den Deutschen Volksgemeinschaftskirchenbund, Sitz in Heidelberg, für den Bereich des Landes Baden aufgelöst und verboten und sein Vermögen beschlagnahmt. Der „Reichsleiter“ des Volksgemeinschaftskirchenbundes befand sich seit 1918 damit, religiöse und politische Parteien zu gründen. Im Jahr 1928 gründete er die „Proletarische Brüdergemeinde“ als eine christliche Gegenorganisation gegen den proletarischen Freidenkerverband. Im Jahr 1930 führte er diese Gemeinschaft in eine politische Partei, die „Christliche Reformierte Volksgemeinschaft“ über, die bei der Reichstagswahl gemeinsam mit der Menschheitspartei eine Wahlvorschlagsliste führte. Nach Auflösung dieser Partei gründete er eine nationalkommunistische „Deutsche Partei“, nach deren Aufliegen er nunmehr den sogenannten „Deutschen Volksgemeinschaftskirchenbund“ gründete. Der Geschäftsführer des Volksgemeinschaftskirchenbundes ist eine mehrfach mit Gefängnis be-

strafte abbelumundete Person, der die bürgerlichen Ehrenrechte entzogen waren. Für derartige Gründungen ist im heutigen Staat kein Platz.

### Aufgehobenes Zeitungsverbot

Das Verbreitungsverbot der nachstehend aufgeführten ausländischen Druckschrift im Inlande wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben: „Geraldo de Madrid“, Spanien, Madrid.

## Amtliche Bekanntmachungen

### Deutscher Volksgemeinschaftskirchenbund.

Der Deutsche Volksgemeinschaftskirchenbund, Sitz in Heidelberg, wird für den Bereich des Landes Baden auf Grund § 1 der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 aufgelöst und verboten. Das Vermögen wird beschlagnahmt.

Karlsruhe, den 4. Juni 1934.

Der Minister des Innern.

### Umbildung der zusammengeführten Gemeinde Weller in eine einfache Gemeinde.

Die Vereinigung des Nebenortes Welling mit dem Hauptort Weller zu einer einfachen Gemeinde Weller wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1934 angeordnet. Die Anordnung ist erdachtlich.

Karlsruhe, den 1. Juni 1934.

Der Minister des Innern.

### Umbildung der zusammengeführten Gemeinde Handegg in eine einfache Gemeinde.

Die Vereinigung des Nebenortes Murbach mit dem Hauptort Handegg zu einer einfachen Gemeinde Handegg wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1934 angeordnet. Die Anordnung ist erdachtlich.

Karlsruhe, den 1. Juni 1934.

Der Minister des Innern.

Pressegesetzlich verantwortlich: R. Morawietz, Karlsruhe.

## Oesterreichischer Restaurationsjput

Wenn auch der Empfang Eugens in Oesterreich für die Legitimistkreise mit einigen Enttäuschungen verbunden war und sich manches anders gestaltete, als man es sich vielleicht vorher erträumt hatte, läßt man sich trotzdem nicht beirren und arbeitet mit einer Zähigkeit, die einem besseren Ziele würdig wäre, auf die Restauration der Habsburger hin. Gegen die Einreise des Erzherzogs wäre an sich nichts zu sagen, wenn er nur, wie man das nach außen hin darstellen versucht, als Privatperson nach Oesterreich gekommen wäre.

Nicht dem Feldmarschall und Soldaten gilt die Abneigung aller aufrichtigen Oesterreicher. Wenn sich heute das österreichische Volk gegen die Anwesenheit Eugens in Oesterreich wendet, dann nur, weil man weiß, daß dieser Habsburger gekommen ist als Vorläufer und als Werkzeug der Kreise der schwarzen Reaktion. Zwar ist man im Volkshlager vorichtig, und es geht das Gerücht, daß Herr Dollfuß dem Erzherzog bei seinem Empfange angedeutet haben soll, eine allzu offene monarchistische Propaganda sei zur Zeit unerwünscht. Daß das jedoch nicht eine offizielle und endgültige Abgabe des Systems an die Habsburger bedeutet, beweist die Tatsache, daß man den Legitimisten freie Hand läßt, zunächst im kleinen und weniger auffällig ihre monarchistische Propaganda zu treiben. Man begnügt sich mit Ehrenbürgerernennungen in kleinen und kleinsten Orten, mit sogenannten Gedenkstunden und ähnlichem. Das Ziel bleibt jedoch unverrückbar bestehen.

Wie dieses Ziel aussieht, zeigt folgender Erguß der monarchistischen Wochenchrift „Der Oesterreicher“, der „dem Namensfest ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Zita“ gewidmet ist. Es heißt hier: „Oesterreicher! Hast auch Du eine Landesmutter, hast Du Dich nicht Jahrzehnte nach einer solchen gesehnt? Und wo ist jetzt Deine Landesmutter? Und weshalb verwehrt Du ihr immer noch die Heimat — ihr und ihrem Sohne? Oesterreicher! Erkenne am Tage der heiligen Dienstmagd Zita, die ein Engel der Mütterlichkeit war, wer Dir von oben als Landesmutter gegeben ward!“

Mit diesen Tränendrüsenmethoden sucht man das österreichische Volk zu föhren und langsam auf die Rückkehr des „angestammten“ Herrschers vorzubereiten. Was könnte dieses Abenteuer jedoch für das geknechtete österreichische Volk bedeuten? Otto sagte zwar in einem Interview, seine Rückkehr bedeute den Frieden für Oesterreich und ganz Europa. Die Wirklichkeit sieht wesentlich anders aus. Bekanntlich hat Italien seit einiger Zeit bereits nur zu deutlich zu verstehen gegeben, daß habsburgische Restaurationspläne in Rom unerwünscht sind. Die tschechische Presse beschäftigt sich zur Zeit eingehend mit der Anwesenheit des Erzherzogs Eugen und scheut nicht vor offenen Drohungen gegen den österreichischen Legitimismus zurück. Ueber Jugoslawiens Haltung besteht kein Zweifel. Und wenn auch das offizielle Ungarn heute eine auffällige Schwankung in seiner Haltung zur Frage der Habsburger Restauration vorgenommen hat, so kann diese Tatsache nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verwirklichung solcher Pläne Oesterreich zum Herd europäischer Unruhe und zum Zentrum aller Kriegsgerüchte machen würde.

Selbst der Wille Frankreichs dürfte nicht ausreichend sein, Dinge zu verhindern, die in jenen Räumen sehr plüßlich aufzutreten pflegen. Das österreichische Volk aber steht abseits und nur auf den Spitzen der Bajonette könnte auch ein Habsburger-Reich entstehen. Diese Tatsache dürfte allein genügen, gewissen Abenteuerern die Augen zu öffnen. Vorläufig scheint man noch immer blind gegen die Wirklichkeit zu sein.

## Die Frage der vierzigstündigen Woche auf der Arbeitskonferenz

Genf, 6. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz begann am Mittwochvormittag mit der allgemeinen Aussprache über die Frage der 40-Stundenwoche, mit der sich bekanntlich schon zu Beginn des Jahres 1933 eine Sachverständigenkonferenz und vor dieser auch schon die Arbeitskonferenz befaßt hatte. Der jetzigen Aussprache liegen die Antworten von den Regierungen zugrunde, die in der Zwischenzeit befragt worden waren. Die Antworten sind überwiegend ablehnend oder kritisch ausgefallen.

# KALODERMA Rasiercreme

Nach besonderem Verfahren unter Zusatz von Glycerin hergestellt. Schnelles, sauberes Rasieren des härtesten Bartes bei größter Schonung der Haut!

F. WOLFF & SOHN · KARLSRUHE



RM - 50 ü. RM 1.10